

Nachdem bei den Friedensverhandlungen weitere Fortschritte erzielt wurden, stellt die Regierung Überlegungen an, in welcher Weise ein Friedensabkommen mit der FARC auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden könnte. Erste Einzelheiten wurden bekannt, und es wurde von den politischen Lagern bereits sowohl Unterstützung als auch Kritik geäußert. Alfredo Molano Jimeno gibt für EL ESPECTADOR eine Einschätzung (08.09.2015):

### **Erste Anzeichen für Veränderungen in der Friedensdebatte**

Angesichts des optimistischen Klimas am Verhandlungstisch in Havanna hat die Regierung sich entschieden, Rechtsreformen voranzutreiben zum Zweck der Umsetzung eines eventuellen Schlussabkommens. Deswegen hatten diese Woche der Chefunterhändler der Regierung, Humberto de la Calle, und Innenminister Juan Fernando Cristo ein volles Programm für Treffen mit Vertretern der politischen Parteien, um diese auf die zu erwartenden Vorschläge einzustimmen. Die Idee der Regierung ist klar. „Es liegt in der Verantwortung des Staates, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die erzielten Vereinbarungen eingehalten werden können. In diesem Kontext sind wir uns bewusst, dass die Gesetzgebung Zeit benötigt, und daher versuchen wir den Weg zu ebnen und werden nicht, wenn erst einmal ein Abkommen unterschrieben sein wird, abwarten, dass die rechtlichen Erfordernisse für die Gesetzesvorhaben geschaffen werden, die das am Verhandlungstisch Erreichte umsetzen sollen“, erklärte gegenüber EL ESPECTADOR eine Quelle nahe am Verhandlungsprozess.

Ebenfalls unterstrich der Informant, dies alles habe nichts zu tun mit einem Referendum über die Vereinbarung und spezifizierte: „Dieser legislative Akt, der vorschlagen werden soll, schließt eine Sonderkommission ein, in der auch die politischen Parteien vertreten sein sollen sowie die Regierung und Sprecher der Guerrilla, aber das alles wird man erst in Gang setzen, wenn die Schlussvereinbarung unterzeichnet sein wird, also wenn die FARC die Waffen niedergelegt haben wird und wenn die Kolumbianer der Vereinbarung zugestimmt haben werden“.

Deswegen traf sich gestern der Innenminister hinter verschlossenen Türen mit den Abgeordneten, die Mitglieder der Friedensausschüsse beider Kammern sind. Schon zuvor war er mit führenden Abgeordneten der Unidad Nacional, Senatspräsident Luis Fernando Velasco und den Abgeordneten Roy Barreras und Armando Benedetti von der U zusammengetroffen. Der Minister führte näher aus, worum es in diesen Besprechungen ging: „Der Gesetzesakt wird einen Sonderausschuss für den Frieden schaffen, der dem Präsidenten der Republik Weisungsrechte zuweisen wird. Derzeit erwägen wir den genauen Inhalt des Gesetzesvorhabens, aber es geht um Weisungsbefugnisse hinsichtlich der ländlichen Entwicklung, der Beseitigung der Drogenwirtschaft, der Mitwirkung der Guerrilla in der Politik und alles Weitere, was man in Havanna beschließen wird, und natürlich wird der Sonderausschuss auch die Aufgabe haben, den Weg für die Umsetzung der Vereinbarungen zu bereiten“, erklärte er.

Gleichzeitig betonte Cristo, es handele sich um eine einseitige Entscheidung der Regierung, denn diese habe die Verpflichtung, die Umsetzung der Vereinbarungen wirksam werden zu lassen. „Das Schlimmste, was uns passieren könnte, wäre die Erzielung eines Abkommens und danach abzuwarten, bis die legislativen Instrumente sich von selbst einstellen“, führte er aus, nicht ohne zuvor anzukündigen, dass die Verhandlungsdelegation sich mit der FARC verständigen werde, wie die Medien über die Pläne unterrichtet werden sollen.

Genau deswegen schrieb der Chefunterhändler der FARC, Iván Márquez, über Twitter: „Hier in Havanna kennen wir das Vorhaben eines legislativen Aktes nicht, über den laut den Medien bereits im Kongress gesprochen wird“. Ebenso lehnte es der Rebellenchef ab, dass man bereits über eine Volksabstimmung spreche, während man am Verhandlungstisch sich noch nicht geeinigt habe, wie diese aussehen solle.

Nach dem Aufdecken der Karten kam Kritik an der Regierung auch von der anderen Seite, nämlich von den Anhängern Uribes, die durch Senator Iván Duque vehement auf die vorgebrachten Ideen reagierten. „Die besonderen Befugnisse des Präsidenten entziehen der Umsetzung des Abkommens

Legitimität, und was die Sonderkommission beabsichtigt ist die Schnellzubereitung per Mikrowelle jener Gesetze, welche die Guerrilla braucht, um in die Legalität zurückzukehren“, warnte er das Parlament.

Parlamentspräsident Luis Fernando Velasco hob seinerseits hervor, „der Frieden hat seinen Preis, den man bezahlen muss, und man muss Spielräume schaffen, damit diejenigen, die Jahre im Krieg waren, nun Frieden machen können, und dafür muss man Opfer bringen“, und er lud die Anhänger Uribes dazu ein, an der Debatte teilzunehmen. „Die Anwesenheit, die Kritik und die Meinungsäußerung der Opposition ist sehr wichtig angesichts des großen Schrittes vorwärts, den ein Friedensabkommen darstellt. Dabei muss sie nicht unbedingt alle Entscheidungen teilen, die getroffen werden, sondern sie kontrollieren und sich beteiligen“, sagte er.

Durcheinander gab es auch wegen der verbreiteten Versionen, nach denen im Entwurf des Gesetzesaktes der Teil fehle, der die Justiz zum Gegenstand hat und über den spekuliert wird, man wolle ein Tribunal mit internationalen Richtern einsetzen, das über schwere Verletzungen der Menschenrechte und des internationalen Humanitären Rechts richten solle. „Es ist fundamental, dass in dem Gesetzesvorhaben auf die Übergangsjustiz eingegangen sowie den Kolumbianern garantiert wird, dass es keine Straflosigkeit geben wird und die großen Köpfe der FARC bestraft werden für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die sie begangen haben“, betonte der liberale Senator Juan Manuel Galán.

Am Ende des politischen Gezerres, das vom Vorschlag der Regierung ausgelöst wurde, als sie die Diskussion über die legislativen Maßnahmen begann, welche die Ankunft des Friedensabkommens gutheißen sollen, steht eine grundsätzliche Botschaft: Die Gespräche in Havanna schreiten zügig voran und wie es der Chefunterhändler der FARC vor ein paar Wochen ausdrückte: „Der Prozess bewegt sich in Richtung auf ein Schlussabkommen“. Aber es besteht kein Zweifel, dass alles davon abhängt, was man über das zentrale Thema vereinbart: Das Modell einer Übergangsjustiz.